

Dunker bemüht sich, was eine besondere Würdigung verdient, um vorsichtige, abgewogene Urteile. Selbst da, wo es aus heutiger Sicht schwerfällt, den Handlungen der Betroffenen unvoreingenommen zu folgen, bringt er keine unfairen Wertungen in seinen Text. Im Schlußkapitel wird noch einmal die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der Assimilation aufgeworfen. Die Geschichte des RjF zeige, schreibt Dunker, in welchem Maße sich eine Gruppe von Juden an die sie umgebende Gesellschaft angeglichen habe. Seine Politik solle nicht als »Abirrung und Selbstaufgabe« verurteilt werden. Die Haltung der Mitglieder des RjF habe mit der der Mehrzahl ihrer deutschen Mitbürger übereingestimmt. Da der RjF die Juden in Deutschland lediglich als Religionsgemeinschaft verstanden habe, hätten sie in seinen Augen auch keine Tradition zu verlieren gehabt. Mir scheint, dieses Urteil trifft haarscharf daneben. Gewiß ist es unsinnig und nicht zu rechtfertigen, von einer Gruppe der Gesellschaft, selbst wenn sie nicht für deren gesamte Sozialstruktur repräsentativ ist, ein Mehr an politischer Einsicht und Vorschau zu verlangen als von anderen Gruppen, politischen Parteien z. B. Wenn aber der Assimilationsprozeß so weit geht, daß die sich Assimilierenden die Vorstellung übernehmen, Assimilation solle nicht sein (»keine Vermischung mit der arischen Bevölkerung«, Löwenstein), wenn die Krönung der Emanzipation der Juden ihr freiwilliger Verzicht auf diese Emanzipation bedeutet, dann verlieren Begriffe wie »Abirrung« jeden Aussagewert. Nicht der Assimilationsgedanke ist durch das Scheitern des RjF diskreditiert worden, allenfalls *diese* Politik der Assimilation als Antwort auf den Nationalsozialismus. Für eine demokratische Politik kann der RjF heute genausowenig Vorbild sein wie die anderen konservativen, dem Nationalsozialismus gegenüber blinden Organisationen in der Weimarer Republik. Daß auch in der Bundesrepublik die Attraktivität solcher Art Blindheit noch empfunden werden kann, geht aus der Tatsache hervor, daß einer der militanten Führungsmitglieder des RjF zwischen 1930 und 1934, Ludwig Freund, im Jahr 1967 mit dem Konrad-Adenauer-Preis der Deutschlandstiftung ausgezeichnet wurde.

Dunkers Buch wäre wahrscheinlich als umfangreicher, vielleicht zweigeteilter Aufsatz in einem Sammelband besser aufgehoben als in der vorliegenden Buchform. Der Repro-Druck liest sich nicht ganz einfach, die Fußnoten hätten kürzer gefaßt werden können. Im Vorspruch dankt der Autor jemandem, der »die Druckkosten« übernommen hat. Sollte das bedeuten, daß diese wichtige historische Studie tatsächlich nur aufgrund der finanziellen Eigeninitiative ihres Verfassers publiziert werden konnte, daß sich keine wissenschaftliche Institution, keine staatsbürgerliche Bildungseinrichtung zur finanziellen Mitträgerschaft durchzuringen wußte — es wäre ein böses Zeichen. Die Debatte um den Nationalsozialismus und wie man in ihm Karriere machte, produziert allerorten überflüssige Bestseller. Was Zionismus ist, weiß auch der gebildete Deutsche heute nicht mehr so richtig. So ist diesem Buch eine breite, aufklärerische Wirkung zu wünschen.

Wilfried von Bredow

Kurt Düwell, Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918— 1932. Grundlinien und Dokumente, Böhlau Verlag, Köln/Wien 1976, XII, 402 S., Ln., 72 DM.

Wenn die Anzeichen nicht trügen, intensiviert sich in den letzten Jahren das öffentliche Interesse an Problemen, Tendenzen und künftiger Richtung der deutschen auswärtigen Kulturpolitik (aK), legt man die eher noch ansteigende Flut von einschlägigen Publikationen, Verlautbarungen von Politikern, Ministerialbeamten, Sozialwissenschaftlern, Juristen, Publizisten sowie Erörterungen in Presse und Parlamenten zugrunde. Es konnte nicht ausbleiben, daß nach einer langen Phase stiefmütterlicher Vernachlässigung nun auch ihre historisch-genetischen Grundlagen, Vorläufer und Voraussetzungen von diesem Trend, den wohl

wesentlich das Peisert-Gutachten von 1971 befruchtete¹, erfaßt und Gegenstand historischer Forschung wurden. Insbesondere die vielfältigen konzeptionellen und institutionellen Bestrebungen während der Weimarer Republik, die sich nicht zuletzt wegen der macht- und volkstumpolitischen Auswirkungen des Weltkrieges ergaben, welche zu neuartigen Methoden internationaler Einflußnahme und Selbstdarstellung bzw. zu Ersatzstrategien für verlorenes Terrain zwangen, dürfen mittlerweile als recht gut erforscht gelten. Neben den speziellen Fragen gewidmeten Arbeiten von K.W. Wippermann über die Reichszentrale für Heimatdienst (1976) und E. Ritter über das Deutsche Auslandsinstitut in Stuttgart (1976) ist diese Lage vornehmlich Düwell zu danken, der nach einer kleineren Vorausstudie über Probleme des deutschen Auslandsschulwesens in der Weimarer Republik (GWU 1975) nun auf thematisch und quellenmäßig breiter Grundlage Ziele und Wege deutscher aK nach 1918 sowie konfligierende, parallele und einander überlappende Denkmodelle zu Charakter und Funktion dieses Sammelbeckens wissenschafts-, kunst-, außen- und wirtschaftspolitischer Interessen vorführt. Bezeichnet man mit Peisert als die vier Grundstrukturen außenkulturpolitischer Ziele »Selbstdarstellung«, »Information«, »Austausch und Zusammenarbeit« sowie »einseitige Übertragung der eigenen Kultur«, dann wird man zumeist »ein Konglomerat aller dieser Zielvorstellungen« antreffen, wie W. Rudolf zutreffend feststellte: »Es gibt keinen Staat, der auswärtige Kulturpolitik lediglich als Kulturpropaganda betreibt, noch einen, der ausschließlich auf Austausch und Zusammenarbeit abstellt. Das erstere gestatten häufig die politischen Verhältnisse im Ausland nicht, das zweite verbietet das eigene Interesse«². Immerhin lassen sich das jeweilige Mehr oder Minder diskutieren, dominierende bzw. abgedrängte Komponenten jener Verlagerung der political culture in die internationalen Beziehungen herauspräparieren, die mit der zunehmenden internationalen Verflechtung und der gleichzeitigen innenpolitischen, länderweise abgestuften »Vergesellschaftung« bzw. Demokratisierung, insbesondere also seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert, in Mittel- und Westeuropa sowie Nordamerika der traditionellen Außen- und Außenwirtschaftspolitik neue Elemente zuführte.

Langfristig betrachtet, kennzeichnet die Geschichte der deutschen aK von ihren Anfängen bis zur Gegenwart dem Anspruch nach eine Transformation von Kulturpropaganda, in der Frühphase auch als Kulturimperialismus auftretend, bis hin zu einer Theorie des Kulturaustauschs, konzeptionell geprägt häufig durch Außenseiter wie K. Lamprecht, C.H. Becker, A. Bergsträsser, P. Rohrbach und D. Sattler³. In der Praxis überlappen sich indes beide Vorstellungen, wohl zu keiner Zeit spannungsreicher als während der Weimarer Republik. Eben hier setzt Düwells Fragestellung ein, der sein reiches, neben diversen zeitgenössischen Publikationen, Presseartikeln und Parlamentsreden in erster Linie aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (AA) geschöpftes Material entlang der leitenden Fragestellung Kulturpropaganda vs. Kulturautonomie analysiert.

Nach dem verlorenen Krieg überwog zunächst die Hoffnung, mit Hilfe der zuvor offiziell kaum systematisch betriebenen aK partiell den äußeren Machtverlust kompensieren zu können, durchaus auf der Linie der unmittelbaren politischen Nachkriegsschriften der Gelehrten

1 Peisert, Auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Unveröffentlichtes Gutachten im Auftrag des AA 1971, publiziert Stuttgart 1978.

2 W. Rudolf, Probleme der auswärtigen Kulturverwaltung, in: Demokratie und Verwaltung. 25 Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 1972, S. 645—661, Zitate S. 645 f. Diese Arbeiten bleiben bei Düwell unberücksichtigt.

3 Für einen ersten knappen Überblick, der bis 1933 ausschließlich Düwell folgt, vgl. O. Splett, Zwischen Weltgeltung und Weltzivilisation. Die auswärtige Kulturpolitik Deutschlands in diesem Jahrhundert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24/77, S. 3—38. — Der sehr interessante Sattler-Nachlaß wird z. Zt. im Münchener Institut für Zeitgeschichte für die Forschung aufbereitet.

Delbrück, Meinecke, Troeltsch und Oncken, deren bislang propagierter ethischer Imperialismus nun zugunsten einer in dieser Situation realpolitischen Betonung des Kulturstaates sich wandelte, von Publizisten wie Rohrbach und Rühlmann nachhaltig aufgegriffen. Klängen hier bereits Vorstellungen einer —notgedrungenen— Eigenwertigkeit der kulturellen nationalen Orientierung an, so wirkte im AA, das seit der von Düwell im Bereich der aK minutiös nachgezeichneten, inzwischen durch Doß (1977) umfassend bekannten Schülerschen Reform 1919/20 zentrale, kompetente und leistungsfähige Schaltstelle der aK mit deutlichem Schwerpunkt auf dem Auslandsschulwesen und der Pflege des Deutschtums und deutscher Minoritäten war, die macht- und wirtschaftspolitische »Verzwecklichung« in der Förderung wissenschaftlicher, künstlerischer und volkstümlicher Bestrebungen als überlagerndes Grundmuster sich aus. Zwar gebot bald die Sachlogik, von übertriebenen Hoffnungen auf die Chancen solcherart betriebener aK abzurücken und schon um des Zwecks willen den Primat kultureller Autonomie in den vom Reich abgetrennten Gebieten oder neu gebildeten Staaten wie Polen hervorzuheben, insgesamt überwog jedoch im AA bis 1928/29 und wohl auch noch danach eine Instrumentalisierung kulturpolitischer Aktivitäten, insbesondere im Auslandsschulwesen, das bereits vor dem Krieg zentraler Angelpunkt der aK gewesen war (vgl. geheime Denkschrift vom April 1914, als 2. Dokument im Anhang abgedruckt), der Förderung deutscher wissenschaftlicher Institutionen im Ausland, des Austauschs von Studenten und Wissenschaftlern, der Protektion deutscher Ärzte und Krankenhausarbeit, deutscher Buchwerbung und Kunst im Ausland. Leider erfährt man kaum etwas über die sicher diesem Kontext zuzurechnende auswärtige Pressebeeinflussung und außenpolitisch orientierte innere Pressepolitik; es wäre erstaunlich, wenn dieses zumindest im Rahmen der Kulturpropaganda hochbedeutsame Penetrationsinstrument nicht ausgeschöpft worden wäre; eher ist eine bewußte Ausklammerung im Rahmen der Darstellung zu vermuten. Auf der anderen Seite fand das Konzept idealistischer Kulturautonomie schon früh eine erste Ausformulierung durch den preußischen Kultusminister und Orientalisten C. H. Becker, aufgegriffen u. a. von dem Zentrums-Kulturpolitiker G. Schreiber, nach 1928 mit publizistischer Breitenwirkung von Anne Selig. Doch erst gegen Ende der Republik, vornehmlich 1928/29, konstatiert der sehr nuanciert argumentierende Verfasser zunehmende Ausdehnung einer Auslandskulturpolitik als Abkehr von der alten Kulturpropaganda in der öffentlichen Diskussion und in offiziellen Stellungnahmen, wobei als herausragender Protektor Außenminister Stresemann mit einer Reichstagsrede vom 26.4.1929 und einigen dienstlichen Rundschreiben (als Dokumente 3—5 im Anhang) in Anspruch genommen wird, in der Interpretation vielleicht zu sehr abgelöst von dessen politischem Gesamtkonzept. Mit der 1930—1932 sich verschärfenden Weltwirtschaftskrise hatten diese Tendenzen jedoch keine Chance zur Entfaltung und wurden nach der nationalsozialistischen Machtergreifung zugunsten einer einseitigen Wiederbelebung bzw. Fortführung instrumentaler Kulturpropaganda vollständig erstickt. Immerhin waren konzeptionelle und institutionelle Grundlagen gelegt, an die nach 1945 u. a. die Kulturabteilung des AA, der DAAD und das Goethe-Institut anzuknüpfen vermochten, als »Rückkehr der Kultur zu ihrem eigenen Gesetz«, wie es Gertrud Bäumer einmal formuliert hatte.

Mag gelegentlich das die Darstellung durchziehende kategoriale Raster von Kulturpropaganda und Kulturautonomie als Alternativmodelle für aK in der Weimarer Republik für die Quelleninterpretation etwas stilisiert erscheinen — scheinbar kulturautonomistische Äußerungen können auch auf eine vermittelte Instrumentalisierung verweisen, wie zum Vergleich die Betonung sittlich verankerter Völkerbundsideale durch die Heidelberger Vereinigung um Brockdorff-Rantzau in der Situation Frühjahr 1919 wohl die einzige Chance zu erfolgreicher nationaler Realpolitik bot —, als heuristisch leitende Fragestellung und ordnendes Prinzip angesichts der Materialfülle erweist es eine überzeugende Leistungsfähigkeit, da Grundlinien hervortreten und insbesondere behutsam aufgegriffene begriffliche Klärungen einschlägiger

soziologischer Arbeiten (R. M. Emge, 1967) fruchtbar auf die zeitgenössische Nomenklatur angewendet werden, diese weder überformt noch sich in ihr verliert.

Angesichts der zeitlichen Begrenzung geht Düwell auf Vorläufer und Vorstadien der aK vor 1918 nur knapp ein. Wenn nachfolgend dieser Aspekt stärker aufgegriffen wird, so rechtfertigt sich dies a) aus dem Stellenwert der ersten beiden von insgesamt sechs im Anhang abgedruckten Schlüsseldokumente (Lamprechts Rede über aK 1912 und jene AA-Denkschrift über das Auslandsschulwesen April 1914), die allein 115 von insgesamt 129 Seiten Anhang umfassen, b) von der angewandten »genetisch-phänomenologischen« Methode her (S. XI), c) als Hinweis auf einige hier offene Fragen und d) wegen der für die nachfolgenden Jahrzehnte nicht unerheblichen Interpretation als in allerersten Ansätzen entwickelte einseitige Kulturpropaganda. Künftige Forschungen werden noch ein weites Feld hier finden, das demnächst von den Dissertationen von J. Kloosterhuis über Kulturimperialismus, von W. Stenke über Lamprechts »Zentralstelle für Außendienst« und von L. Wiese-Schorn über Lamprecht sowie den bald zu erwartenden Publikationen B. vom Brockes teilweise abgedeckt werden dürfte. Zu Recht stellt Düwell den als Kulturpolitiker immer noch unzureichend erforschten, hochinteressanten Karl Lamprecht in den Mittelpunkt seiner Analyse der Vorkriegsentwicklung, die sich indes auf eine verhältnismäßig schmale Literaturkenntnis stützt⁴. Die Hintergründe des Briefwechsels zwischen Bethmann Hollweg und Lamprecht 1910–1913 mit einem vielbeachteten Höhepunkt in der Veröffentlichung des Kanzlerbriefes an Lamprecht vom 21.6.1913 in der Vossischen Zeitung vom 12.12.1913 sind nach den Untersuchungen von Schönebaum, v. Vietsch und Wernecke gar so unbekannt nicht, auch wurde Lamprechts Rede über aK vor dem Verband für internationale Verständigung 1912, die auch in der vor allem von Diplomaten, hohen Beamten und Offizieren gelesenen »Deutschen Revue« bereits im Dezember 1912 abgedruckt worden ist, 1974 wieder zugänglich gemacht⁵. Die hier entwickelten Gedanken führte Lamprecht, der den Begriff aK bereits um 1907, nicht erst 1912, prägte, wiederholt aus, u. a. in einem Schreiben an Bethmann vom 19.5.1913, das dessen Brief vom 21. Juni unmittelbar auslöste⁶. Weniger Bethmann, der Lamprechts Bestrebungen mit großer Sympathie gegenüberstand, sich aber als Kanzler von Amts wegen Zurückhaltung auferlegen mußte, als vielmehr das AA reagierte distanziert auf zahlreiche Vorstöße des Leipziger Kulturhistorikers, der Reichskanzlei und AA im Winter 1913/14 mit Besuchen und Zuschriften nachgerade bombardierte; im AA fanden die gleichzeitigen, in mancher Hinsicht konkurrierenden Aktivitäten von Rohrbach und Jäckh, die sich vorrangig auf Auslandsschulen und -Hochschulen im Nahen Osten konzentrierten und im Frühjahr 1914 mit dem vom AA unterstützten Organ »Das größere Deutschland« Breitenwirkung im Bildungsbürgertum (dem eigentlichen Adressaten auch von Lamprecht) erzielten, freundlicheres Gehör. Man sollte indes nicht die Bedeutung des Lamprecht-Kreises unterschätzen, in dem Lamprecht selbst zwar entscheidender Promotor, aber schon frühzeitig abgesichert durch Unterstützung verschiedener Persönlichkeiten und

4 Ergänzend wäre vor allem hinzuweisen auf H. Schönebaum, Karl Lamprechts Mühen um innere und äußere Kulturpolitik, WaG, 15, 1955, S. 137–152; E. v. Vietsch, Bethmann Hollweg, 1969; K. Wernecke, Der Wille zur Weltgeltung, 1970; K. Stenkewitz, Gegen Bajonett und Dividende, 1960; G. Deckart, Deutsch-englische Verständigung, 1967; G. Hollenberg, Englisches Interesse am Kaiserreich, 1974; R. Chickering, The »Verband für internationale Verständigung« 1911–1914, in: Journal of Contemporary History, 8, 1973, S. 147–164; N. Andernach, Der Einfluß der Parteien auf das Hochschulwesen in Preußen 1848–1918, 1972.

5 H. Schönebaum (Hrsg.), Karl Lamprecht. Ausgewählte Schriften, 1974, Nr. 30.

6 DZA I (Potsdam), RK, Nr. 4. Der rege Briefwechsel zwischen Lamprecht und Bethmann findet sich überwiegend im Lamprecht-Nachlaß der UB Bonn, dort auch ein Ms. um 1912 mit dem Hinweis: »Ich denke, daß ich das Wort »äussere Kulturpolitik« vor etwa 4–5 Jahren geprägt habe« [S2713, WW 270].

Organisationen war. Die hierauf folgende, von Düwell (S. 73) kurz skizzierte institutionelle Ausformung zu einer Zentralstelle für Auslandsdienst in Verbindung mit dem AA im Frühjahr 1914 verdient wohl noch eingehendere Erörterung, da jetzt brennpunktartig diverse, seit mehreren Jahren beobachtbare Tendenzen sich verdichteten⁷. In einer letzten, bislang wohl nicht beachteten öffentlichen Erörterung der Ziele und Inhalte aK in der Frankfurter Zeitung vom 12.4.1914 warnte Lamprecht vor ihrer einseitigen Anbindung an wirtschaftliche Interessen, wie er sie wohl seitens des AA befürchtete, und entwickelte im Ansatz ein Modell, das auf die von Düwell erst für Weimar reklamierte Konzeption der Kulturautonomie hindeutet. Wenn er im gleichen Artikel einleitend betont, »Kultur« sei in den letzten Jahren zum Schlagwort geworden, so kennzeichnet dies völlig richtig den Nährboden für die Ausformung eines zunächst diffusen Programms von aK, das mehr an das AA und die Reichsleitung herangetragen als von dieser entworfen wurde. Kulturpolitik als innenpolitisch, oftmals recht heterogen begründetes Desiderat und notwendige Überhöhung des jungen deutschen Imperialismus durchzieht leitmotivisch fast die gesamte gebildete Zeitschriftenpresse seit etwa 1907, wandelt den »Kunstwart« in einem »Kulturwart«, produziert Kulturparteien, -parlamente, -tage, -kartelle, erzeugt einen Kulturkonservatismus und äquivalente Tendenzen im gemäßigten Liberalismus, schlägt sich indirekt in dem riesigen, seit 1905 erscheinenden, von P. Hinneberg herausgegebenen Sammelwerk »Die Kultur der Gegenwart« nieder, weitet sich begrifflich auf die gesamten sozialen Verhältnisse wie in der Jubiläumsschrift »Soziale Kultur und Volkswohlfahrt« von 1913 aus und findet schließlich — seit 1907 in nennenswertem Umfang — konkreteren Niederschlag in der Intensivierung internationaler kultureller Kontakte einerseits, den vielfältig aufgegriffenen Forderungen nach vermehrter politischer Bildungsarbeit im Inneren andererseits und verweist so auf das eingangs erwähnte Syndrom von internationaler Verflechtung und innerstaatlicher Ausdifferenzierung der Gesellschaft. Beispielhaft sei nochmals auf Lamprecht hingewiesen, dessen Postulat einer »Politisierung der Gesellschaft« im Berliner Tageblatt vom 15.1.1907 mit seinen kurz danach einsetzenden Bemühungen um aK auf das engste verknüpft ist. In diesem Zusammenhang sind denn wohl auch der in diesen Jahren zum Tragen kommende Professoren austausch mit den USA, vermehrte und institutionalisierte internationale Studentenbegegnungen, die Gründung des Amerika-Instituts in Berlin 1910 durch den kulturpolitisch ambitionierten Deutschamerikaner H. Münsterberg, der geplante Ausbau des Orientalischen Seminars in Berlin zu einer Auslandshochschule, die inhaltliche Diskussion um die Ausweitung des Hamburger Kolonialinstituts zu einer Universität, die Errichtung einer auf verbesserte deutsch-englische Kulturbeziehungen über die Historie abzielenden Eduard VII.-Stiftung in London, die zunehmenden gegenseitigen Besuche deutscher und englischer Kirchenmänner und Journalisten, die Interparlamentarische Union, schließlich die insbesondere von Diels und Harnack betriebene institutionelle Internationalisierung der Akademien und einzelner Disziplinen zu sehen, an der die Regierung reges Interesse zeigte. So betonte Harnack, die deutschen Historiker hätten die Einberufung des zweiten Internationalen Historikerkongresses 1908 nach Berlin (nach Rom 1904) »nicht aus eigenem Interesse, sondern aus internatio-

7 Lamprecht-Nachlaß und Akten der Reichskanzlei enthalten reiches Material zu seinen Vorstößen vom Sommer 1913 bis Frühjahr 1914. Hervorzuheben sind vornehmlich im Nachlaß eine Aufzeichnung Lamprechts vom 30.12.1913 mit 6 Anlagen und das Protokoll einer Besprechung über Maßnahmen zur Förderung deutscher aK vom 6.2.1914, deren Teilnehmerzusammensetzung die Breitenwirkung von Lamprechts Bemühungen signalisiert (S. 2713, Korr. 61). Die von Düwell, S. 19 erwähnte Denkschrift vom 8. 12.1913 bleibt wohl weiterhin unauffindbar; auf Lamprechts Begleitschreiben an Bethmann vom 8.12. notierte dieser, sie sei GehRat Kuntzen zur Information überlassen (DZA I, RK, Nr. 4). — Zunächst zögernd, dann offensichtlich bereitwilliger akzeptierten Lamprecht und sein Kreis den eindeutigen Primat des Auslandsschulwesens in der Konzeption des AA.

nalder Courtoisie und auf den ausdrücklichen Wunsch der Regierung« unternommen⁸. Vor diesem Hintergrund verdient schließlich die von Prof. Ludwig Stein im Frühjahr 1912 durchgeführte, mit der Reichsregierung abgestimmte und in der Zeitschrift »Nord und Süd« publizierte Verständigungsaktion mit Großbritannien, der entsprechende Good-will-Aktionen mit Rußland und Frankreich folgen sollten, als neuartiges — und sicher kulturpolitisches — Instrument außenpolitischer Spannungsminderung besonderes Interesse. Demgegenüber nahmen sich die offiziellen initiierten Projekte deutscher aK vor 1914 verhältnismäßig bescheiden aus, auch wenn sie einer zeitgenössischen Dokumentation zufolge immer noch beträchtlichen Umfang besaßen⁹. Auch im Weltkrieg brach eine den Namen verdienende aK nicht vollständig ab, hält man sich etwa das vom AA inspirierte, für die neutralen USA verfaßte Sammelwerk »Deutschland und der Weltkrieg« vor Augen¹⁰. Den Ergebnissen Düwells ist also für die Zeit der Weimarer Republik in vollem Umfang zuzustimmen, doch sollte künftig die Entwicklung aK im Vorkriegsdeutschland nicht nur als kurzes Vorspiel, vielmehr als bedeutsame, wenn auch im staatlichen Archivgut nur begrenzt faßbare Strömung gesehen werden, die in einen breiten internationalen wie innenpolitischen Kontext einzugliedern ist.

Rüdiger vom Bruch

Michael Wolffsohn, *Industrie und Handwerk im Konflikt mit staatlicher Wirtschaftspolitik? Studien zur Politik der Arbeitsbeschaffung in Deutschland 1930—1934* (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 30), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1977, 504 S., kart., 116 DM.

Schon mehrfach ist inzwischen die deutsche Arbeitsbeschaffungspolitik in der Weltwirtschaftskrise 1930 ff. untersucht worden. Wolffsohn weist indessen mit einigem Recht darauf hin, daß »die Fragen: Welche sozialen Gruppen waren an der Arbeitsbeschaffung besonders interessiert, welche Motive lagen ihren Vorschlägen zugrunde und welchen Nutzen zogen sie aus der konkreten Arbeitsbeschaffungspolitik? bislang nur in allgemeinen Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik [...] indirekt beantwortet wurden« (S. 16) — zumindest was die Haltung der Großindustrie, der »mittleren Industrie« und des Mittelstandes, insbesondere des Handwerks, anlangt. Im Mittelpunkt der hier vorgelegten Untersuchung steht die Frage, »ob und inwieweit diese drei Gruppen versucht haben, die staatliche Arbeitsbeschaffungspolitik in ihrem Interesse zu beeinflussen und wie erfolgreich sie dabei waren« (S. 16 f.). Dabei solle — gemäß der dritten eingangs zitierten Frage — »interessenkritisch« vorgegangen werden, müsse doch »die von den betroffenen Wirtschaftsgruppen und Politikern beanspruchte Funktion der Arbeitsbeschaffung [...] mit der »tatsächlichen« — so wie sie dem nachträglichen Beobachter erscheint — verglichen werden [...]. Freilich« — so wird überaus vorsichtig eingeräumt — sei »»die« tatsächliche Funktion wohl ebensowenig zu ermitteln [...] wie die absolute Wahrheit« (S. 17). Zur Beantwortung der eingangs formulierten Fra-

8 A. v. Harnack an Bülow, 11.11. 1907, Nachlaß Harnack, Deutsche Staatsbibliothek Berlin [DDR], Handschriftenabteilung.

9 Vgl. Hochschul-Nachrichten, Jg. 24, 1913/14, H. 278—283, Jg. 25, 1914/15, H. 300, Jg. 26, 1916/17, H. 301—306. Der in Professorenkreisen umstrittene, finanziell über Vorlesungsanzeigen vom preußischen Kultusministerium protegierte Herausgeber P. v. Salvisberg hatte sich seit 1910 wiederholt für eine Intensivierung deutscher aK eingesetzt.

10 Deutschland und der Weltkrieg, hrsg. von O. Hintze, F. Meinecke, H. Oncken, H. Schumacher, 1915. Die Entstehungsgeschichte des Werkes läßt sich genau rekonstruieren über die Teilnachlässe Delbrück im Bundesarchiv Koblenz und in der Deutschen Staatsbibliothek Berlin [DDR] sowie Teilnachlaß G. v. Schmoller, HStA Wiesbaden, Abt. 1088.